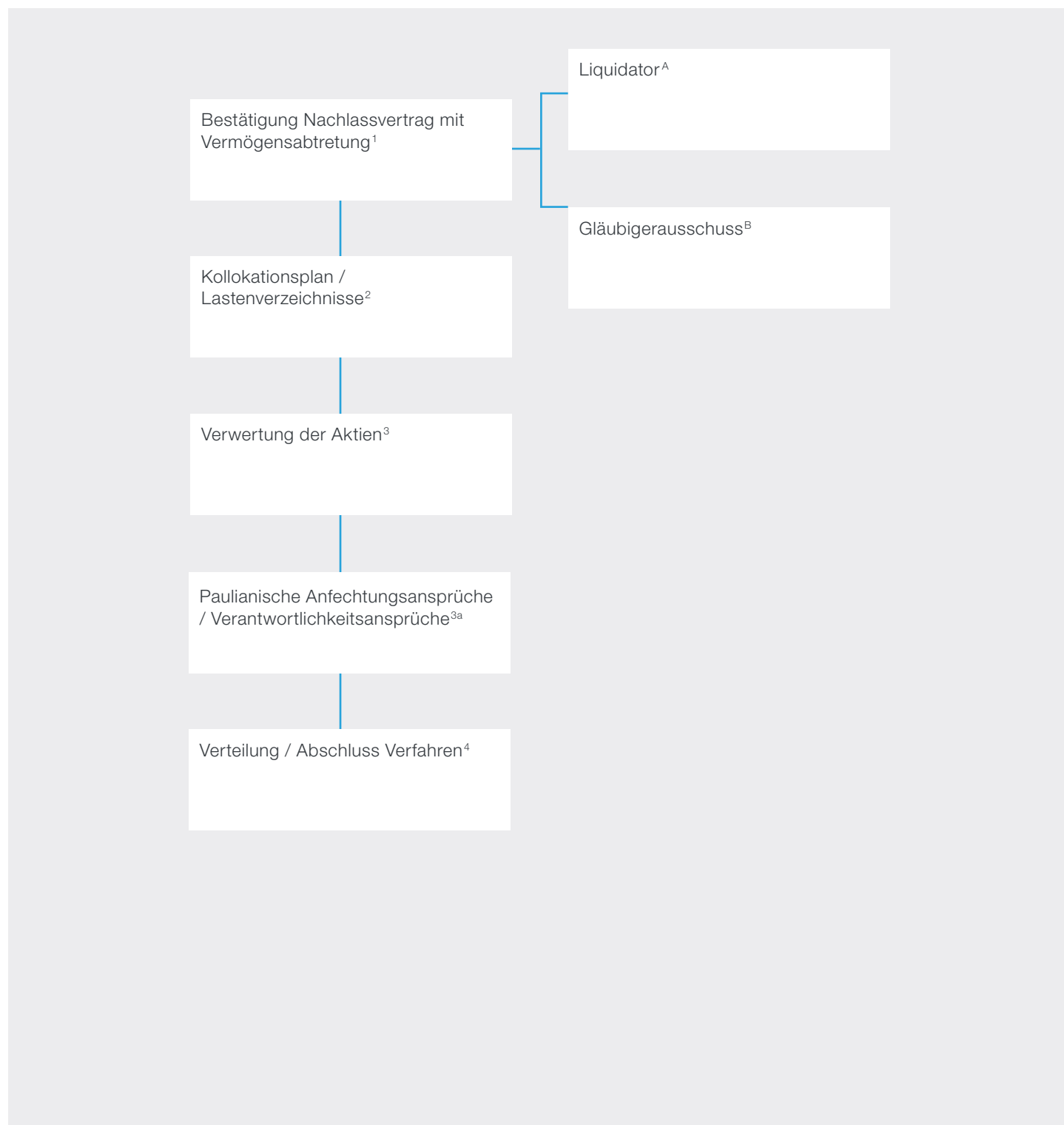


Nachlassliquidationsverfahren

Ablaufbeschreibung





Begriffserklärung Nachlassliquidationsverfahren

1 | Nachlassvertrag mit Vermögensabtretung

Durch den Nachlassvertrag mit Vermögensabtretung wird den Gläubigern das Verfügungsrecht über das schuldnerische Vermögen eingeräumt. Das schuldnerische Vermögen wird durch den Liquidator und den Gläubigerausschuss im Rahmen des Nachlassliquidationsverfahrens versilbert, damit sich die Gläubiger daraus befriedigen können. Die Nachlassliquidation beginnt, sobald der Nachlassvertrag mit Vermögensabtretung gerichtlich bestätigt worden ist.

A | Liquidator

Der Liquidator wird anlässlich der Gläubigerversammlung im Nachlassstundungsverfahren von den Gläubigern gewählt. In den meisten Fällen handelt es sich hierbei um die gleiche Person wie den Sachwalter, da diese den Sachverhalt bereits bestens kennt und sich somit nicht neu in den Fall einarbeiten muss. Der Liquidator hat die Nachlassliquidation als ausführendes Organ im Interesse der Gläubiger durchzuführen. Für die Art und Weise der Durchführung der Liquidation ist der Liquidator an die gesetzlichen Vorschriften und die Bestimmungen des Nachlassvertrages gebunden. Er kann die Aktiven gesamthaft oder einzeln und nach Ermessen versteigern oder freihändig verkaufen, wobei er betreffend Art und Zeitpunkt der Verwertung der Aktiven das Einverständnis des Gläubigerausschusses einzuholen hat.

B | Gläubigerausschuss

Der Gläubigerausschuss wird ebenfalls anlässlich der Gläubigerversammlung im Nachlassstundungsverfahren von den Gläubigern gewählt. Im Gegensatz zum Konkursverfahren ist im Nachlassliquidationsverfahren die Einsetzung eines Gläubigerausschusses zwingend, da keine Gläubigerversammlungen abgehalten werden. Der Liquidator untersteht der Aufsicht und Kontrolle des Gläubigerausschusses. Daneben bestimmt der Gläubigerausschuss zusammen mit dem Liquidator Art und Zeitpunkt der Verwertung der Aktiven.

2 | Prüfung der Forderungseingaben / Erstellen des Kollokationsplans und der Lastenverzeichnisse

Der Liquidator überprüft die eingereichten Forderungseingaben der Gläubiger sowie diejenigen Forderungen, die sich aus den Büchern des Schuldners ergeben und entscheidet, welche Forderungen in welchem Rang (pfandgesichert; 1. – 3. Rang) zugelassen bzw. kolloziert werden können und welche abgewiesen werden müssen. Jeder Gläubiger, dessen Forderung nicht genauso zugelassen wurde, wie er sie angemeldet hat, erhält vom Liquidator eine Verfügung mit einer entsprechenden Begründung. Ein Gläubiger, der mit der Kollokation seiner Forderung oder derjenigen eines anderen Gläubigers nicht einverstanden ist, hat die Möglichkeit, beim zuständigen Gericht eine Kollokationsklage einzureichen. Soweit sich in der Nachlassmasse auch Liegenschaften befinden, ist für jede Liegenschaft ein Lastenverzeichnis zu erstellen, in welchem nebst weiteren die Liegenschaft betreffenden Lasten (An- und Vormerkungen, Dienstbarkeiten und Grundlasten etc.) die grundpfandgesicherten Forderungen erfasst werden. Die Lastenverzeichnisse sind Bestandteil des Kollokationsplans.

3 | Verwertung der Aktiven

Der Liquidator verwertet die vorhandenen Aktiven in Absprache mit dem Gläubigerausschuss, d.h. er sucht Käufer für allfällige Liegenschaften, Betriebseinrichtungen, Wertgegenstände usw., saldiert Bankkonti, tätigt das Inkasso der offenen Debitorenforderungen etc. Die Verwertung erfolgt in der Regel mittels sogenannten Freihandverkäufen und nur wenn keine Käufer gefunden werden, wird eine Versteigerung der Objekte in die Wege geleitet. Der Erlös aus der Verwertung dieser Aktiven wird zur Deckung der Liquidationskosten und anschliessend der Gläubigerforderungen verwendet.

3a | Prüfung / Geltendmachung der Verantwortlichkeitsansprüche und der paulianischen Anfechtungsansprüche

Ebenfalls zur Aktivenverwertung gehört die Prüfung und gegebenenfalls Geltendmachung von sogenannten paulianischen Anfechtungsansprüchen und von Verantwortlichkeitsansprüchen.

Bei den paulianischen Anfechtungsansprüchen geht es darum, gewisse Rechtshandlungen anzufechten, mit welchen der Schuldner innerhalb von bestimmten Fristen («Verdachtsfristen») vor der Nachlassstundung sein Vermögen zu Lasten der Gläubiger vermindert hat.

Bei den Verantwortlichkeitsansprüchen prüft der Liquidator, ob Organe von juristischen Personen Pflichtverletzungen begangen haben, mit welchen sie die juristische Person / Schuldnerin zu Lasten der Gläubiger geschädigt haben.

Der Liquidator hat dem Gläubigerausschuss – je nach Prüfungsergebnis und den verfügbaren Mitteln der Nachlassmasse – Antrag zu stellen, ob eine gerichtliche Geltendmachung dieser Ansprüche erfolgen soll. Verzichten der Liquidator und der Gläubigerausschuss auf die Geltendmachung, kann sich jeder Gläubiger solche Ansprüche abtreten lassen, um sie auf eigene Rechnung geltend zu machen.

4 | Verteilung Verwertungserlös / Verfahrensabschluss

Nachdem sämtliche Aktiven verwertet wurden und ein rechtskräftiger Kollokationsplan vorliegt, wird ein Verteilungsplan erstellt, aus welchem nebst den Kosten des Nachlassliquidationsverfahrens ersichtlich ist, wie hoch die Dividende ausfällt und welcher Anteil auf jeden einzelnen Gläubiger entfällt. Die Verteilungsliste liegt zusammen mit der Schlussrechnung während 10 Tagen zur Einsichtnahme auf. Die Gläubiger haben die Möglichkeit, innert dieser Frist eine Beschwerde gegen die Verteilungsliste bei der zuständigen Aufsichtsbehörde einzureichen, wenn sie mit deren Inhalt nicht einverstanden sind. Im Unterschied zum Konkursverfahren werden keine Verlustscheine ausgestellt, da die Gläubiger im Nachlassvertrag mit Vermögensabtretung auf ihre Restforderung verzichtet haben.

Im Anschluss daran wird dem Nachlassgericht ein Schlussbericht eingereicht und von diesem gestützt auf den Bericht das Verfahren als abgeschlossen erklärt.